

FUER DIE BILDUNG FAELLT WEIHNACHTEN AUS!



Das Kupferbau-



Rätetä

Ein paar Worte zuvor...

Hier habt ihr es nun in den Händen das fünfundfünfzigste Rätetä. Es hat deutlich mehr Umfang als die letzten, aber es gibt auch viel zu berichten. Es ist auch eine Möglichkeit, sich selbst und andere umfassend über die Vorgänge in Tübingen und beim Bildungsprotest allgemein zu informieren. Denn es hat sich einiges zugetragen in der trostlosen Bildungslandschaft. Nach sechs Wochen andauernder Bildungsproteste ist es jetzt vielleicht mal Zeit, einen Blick zurück aber auch nach vorne zu wagen. Was ist geschehen, was wurde getan und welche Ziele erreicht, was fordern die Studierenden weiterhin? Manches auf den folgenden Seiten kennt ihr vielleicht schon, aber Seiten kann man umblättern. Mancher Text trifft nicht unbedingt euren Ton, andere sprechen euch vielleicht aus dem Herzen. Wie im Plenum des Kupferbaus, sollte den Autor*innen in dieser Broschüre keine Denkverbote erteilt werden. Sie vertreten offen ihre Meinung, genauso wie es von allen anderen Studierenden zu erwarten wäre. Habt ihr Anregungen oder Kritik? In jedem Fall freut sich das Kupferbau-Plenum darauf! Oder mailt an kupferbau@tuebingenbrennt.de. Wir sehen uns im nächsten Jahr!

Jetzt aber erst mal viel Spaß beim Lesen, fröhliche Weihnachten und ein bildungsreiches 2010! ☺

die Redaktion

Wie alles begann...



Am 5. November beschlossen die Anwesenden in der studentischen Vollversammlung, sich der österreichischen Protestwelle gegen die Bildungsmisere anzuschließen und besetzten den größten Hörsaal des Kupferbaus. Tübingen war damit eine der ersten Unis, die das Feuer des Protests nach Deutschland trugen. In den folgenden Wochen erlebte Mitteleuropa eine lange nicht mehr gesehene Protestwelle an mehr als 50 Hochschulen. Nach einer Räumung, einer 78-Stunden-Vorlesung, guter Arbeit, vielen Demos und unzähligen Plenumsitzungen gehen die Besetzer*innen nun in die wohlverdienten Weihnachtsferien...

Mein Alltag*innen im Kupferbau

Wie? Hier gibt es Alltag?? den muss mir mal einer zeigen...

Also zuallererst: jeder Tag ist anders im Kupferbau, weil eigentlich auch immer unterschiedliche Leute*innen hier sind.

Aber zugegeben: manchmal gibt es schon sich wiederholende Muster in all dem Chaos.

Sich wiederholende Muster: Verlegungspläne schreiben, die noch Schlafenden bis 10 Uhr aus dem Hörsaal werfen, weil ne Vorlesung stattfindet, AK-Treffen, hier und da ne Uni-Veranstaltung besuchen, Plenum und das allabendliche Lange-aufbleiben-warum-auch-immer...

Tja, nun also der Versuch den Nicht-Alltag in einen Text zu pressen. Aber das geht, denn im Prinzip gibt es zwei Stereotypen: Dienstag-Donnerstag, und das lange Wochenende!

Dienstag-Donnerstag ist irgendwie immer stressig: Verlegungspläne schreiben, weil das noch keiner gemacht hat (sollte immer schon am Vortag erledigt werden, aber .. egal), bis zehn Uhr muss jemand im Hörsaal die Schlafenden*innen raus werfen, weil dann ne Vorlesung stattfindet, weil entweder der Prof etwas borniert ist, und sich nicht verlegen lassen will, oder weil man tatsächlich keinen anderen Raum hat... Naja, schade wenn man das nicht bedacht hat, und daher etwas

unausgeschlafen, oder daher gar schlecht gelaunt ist. Aber das geht vorüber, weil einen die lustigen Leute*innen am Infostand erstmal mit frischem Kaffee und noch verhältnismäßig weichen Backwaren vom Vortag versorgt. Das ist schon viel wert!

Dann beginnt der alltägliche Kampf um die paar Rechner, die im Kupferbau rumstehen, und die man eventuell braucht, um Texte zu schreiben (Mensch studiert!!) oder aber auch nur ne Runde im Netz zu surfen, um die immer noch schlechte Laune auf Klunzi und Konsorten zu vertreiben ;-)

Dann plant man den Tag: „Ist heute di mi oder do? Dementsprechend müsste ich gerade in meiner Vorlesung sitzen, oder hab noch ne Stunde Zeit...“

Sonstige Verplantheiten wie: „Wir treffen uns doch jetzt für'n AK“- „Nee, der war gestern“, oder so ähnlich kommen doch hin und wieder auf, wenn man hier wohnt, was eventuell doch für nen gewissen Alltag sprechen würde... oder für Verplantheit...

Naja, das sind halt die stressigen drei Tage der Woche,

dagegen gibt es dann immer das Wochenende:

Am Freitag und Montag kommen noch ab und zu Menschen zu Gast oder zur Veranstaltung im KB vorbei, aber es ist im Besetzten Hörsaal insgesamt ruhiger, so dass ab und zu auch kleine arbeitende Grüppchen in den Bänken sitzen...

Samstag und Sonntag sind die unproduktivsten Tage überhaupt, weil da kommt eh kaum einer her, und dann sitzt man den ganzen Tag und zockt Spiele, die eben den ganzen Tag brauchen... Alternativ spielt man Gitarre, singt dazu, oder hört dem neu etablierten Radio Kupferbau zu. (Wobei einige meinen, das die Redebeiträge stören, solange es noch nicht gesendet wird, ich aber finde das Joni das super macht, sonst wär's kein Radio!!

Ach ja, und dann war da noch das Abendprogramm: da gibt's weiterhin keinen Alltag, als den oben schon beschriebenen Leitsatz: Lange-aufbleiben-warum-auch-immer!

Ob man singt, tanzt, Musik macht, oder nur hört, ob man spielt, lacht, weint, oder hofft doch noch eine Seite mehr schreiben zu können („ach.. blödes Referat, muss ich ja erst übermorgen halten...“) irgendwie ist das Schlafdefizit hier ein klein wenig vorprogrammiert. Aber wen stört's? Wann hat man denn mal wieder die Chance, nicht nur zu studieren, sondern neben her auch noch die Uni zu besetzen??? vielleicht nächstes Jahr mal wieder so ab Januar oder so ;-)

Liebe Grüße, und ich hoffe man sieht sich im AK Zukunft!

Euer Typ-auf-der-Couch

Gegen den Bildungstreik?

Dieser Text soll ein Versuch sein, auf häufig vorgetragene Kritik an der Kupferbau-Besetzung zu antworten, vielleicht findest Du auch deine Punkte darunter...

1. Der Protest bringt doch eh nichts....

Es muss bewusst sein, dass eine Änderung der Studiensituation, die durch Jahrzehnte lange Verfehlungen in der Bildungspolitik entstanden ist, nicht über Nacht erfolgreich sein kann. Durch die Besetzungen wurde als erster Erfolg die Bildungsmisere in das Licht der Öffentlichkeit gerückt. In Österreich war Bildungspolitik bereits Thema einer aktuellen Stunde im Bundesparlament. Die meisten Verantwortlichen sehen sich plötzlich zur Rechtfertigung genötigt. Der Druck der bundesweiten Besetzungen zeigt also Wirkung! Es kommt nun darauf an, den Druck aufrecht zu erhalten, bis konkrete Forderungen erfüllt sind.

2. Die Besetzer stören die Bildung, mehr als sie ihr nutzen...

Unser Ziel ist eine nachhaltige Verbesserung der Studiensituation. Dafür müssen wir politischen Druck aufbauen und dafür benötigen wir eine Arbeitsbasis, von der aus wir gehört werden und mit Kommiliton*innen diskutieren können. Den Lehrbetrieb zu behindern ist nicht unserer Absicht! Bis jetzt hat uns die Univerwaltung mit der Organisation von Ersatzräumen allerdings

alleine gelassen. Trotzdem mussten nur sehr wenige Vorlesungen tatsächlich ausfallen. Mit unserem Umzug in HS21 können nun alle Lehrveranstaltungen stattfinden.

3. Die schwingen doch nur lange Reden...

Wer ins Plenum kommt, mag zuerst glauben, dass dort vor allem lange debattiert wird. Wir ziehen die breite Partizipationsmöglichkeit unseres basisdemokratischen Konzepts bewusst undurchsichtigen Hinterzimmer-Beschlüssen vor. Basisdemokratie hilft dabei, die Ausbildung von Hierarchien zu vermeiden und fördert die Akzeptanz der Plenumsbeschlüsse. Schließlich soll allen Betroffenen (also Dir) die Mitsprache ermöglicht werden.

4. Dort sind alles „Linke“ / der Protest ist zu „ideologisch“...

Das Kupferbau-Plenum sieht sich als ein pluralistischer Zusammenschluss von Interessierten, die an der Bildungssituation etwas ändern wollen. Eine Kategorisierung nach veraltetem gesellschaftlichem Gruppendenken lehnen wir ab. Protest kann grundsätzlich nicht unpolitisch sein, unsere Bewegung bindet sich aber in keiner Weise an eine bestimmte Ideologie. Im Kupferbau ist jede/r willkommen, der/die sachlich diskutieren will. Der Protest basiert auf Argumenten und Eigeninitiative, nicht auf politischen Grundhaltungen.

5. Denen kommt's doch nur auf Radau und Spaßprotest an...

Das ist eindeutig falsch und eine ziemlich unreflektierte Aussage. Viele von uns haben bereits mehrere Nächte im eher unbequemen Kupferbau geschlafen um mit dem Protest morgens 8 Uhr in den Vorlesungen präsent zu sein. Das Plenum hat sich in einer der ersten Sitzungen gegen exzessiven Alkoholkonsum ausgesprochen und wir kooperieren mit den Hausmeistern um Müll und Schäden zu vermeiden. Dass die Arbeit auch Spaß machen soll steht ihrem inhaltlichen Ernst nicht entgegen. „Wenn ich nicht tanzen kann, dann ist es nicht meine Revolution“ (Emma Goldman)

6. Das Kupferbau-Plenum ist nicht als studentisches Sprachrohr legitimiert...

Die Frage ist, wer dann? Dies ist ein Zusammenschluss von Leuten die sich für eine bessere Bildungssituation einsetzen und jede*r kann dazu kommen. Bildung ist ein gemeinschaftliches Gut und von gesellschaftlichem Interesse. Ein geeignetes Gremium an unserer Hochschule gibt es nicht, da sich der Asta laut Landeshochschulgesetz nicht politisch äußern darf.

7. Das sind alles langhaarige Bombenleger / Gammler / faule Studenten, die ihr Studium nicht schaffen...

Die Verwendung solcher dummer Floskeln ist den Angehörigen einer Hochschule nicht angemessen. Das Kupferbau-Plenum ist offen für Kritik, diese muss aber sachlich und argumentativ sein.

8. Die nerven langsam...

...sagen die einen – die anderen fühlen sich über das Anliegen des Protests immer noch zu wenig informiert. Ein Spagat, der sich nur schwer vollziehen lässt. Grundsätzlich kann der Protest aber nur in der Öffentlichkeit erfolgreich sein, deswegen: lieber einmal zu viel protestiert als einmal zu wenig.

MACH DICH SCHLAU! Komm' in den Kupferbau!
Jede und jeder ist herzlich willkommen!

das Kupferbau-Plenum



Friedlich müssen *alle* sein...

Wir alle wissen aus den Medien, dass die Politiker sich inzwischen genötigt fühlen, auf unseren Protest zu antworten. Bis jetzt ist aber die Rolle der Polizei kaum erörtert, die sich verpflichtet fühlt, als Exekutive dieses Staates auch auf unseren Protest zu reagieren.

Im Laufe der letzten Wochen sind 17 Universitäten mit Polizeigewalt geräumt worden, so auch der Tübinger Kupferbau. An dieser Stelle möchte ich ganz kurz etwas zu Gewalt sagen. Die bürgerlichen Medien sprachen und sprechen stets von einer „friedlichen Räumung“.

Aber wer würde es friedlich nennen, wenn ein Mensch mit einer Waffe am Kopf dazu gezwungen, wird etwas zu tun? Gewaltandrohung ist schon eine Form der Gewalt! Und wenn 100 bewaffnete Menschen, die teilweise verummumt sind, in ein Gebäude stürmen, das friedlich besetzt wird, und mit körperlicher Gewalt drohen, dann ist das bereits ein Armutszeugnis für diejenigen, welche die Exekutivmacht eingesetzt haben weil sie sich unfähig sahen, einen Dialog zu führen.



Aber es blieb nicht nur bei der Androhung. In Stuttgart wurden wir getreten, mit Pfefferspray angegriffen und gekesselt. Die Stuttgarter Zeitung, welche erst nach einem Presseschreiben unsererseits von der Gewalt der Polizei berichtete und vorher von einer „friedlichen Demonstration“ sprach, schrieb als Rechtfertigung für das massive Eingreifen der Staatsschützer, dass (wörtlich) „einem Polizisten gegen das Knie getreten wurde.“ Das Tagblatt ist noch gesondert zu nennen, das, bemüht die kriminelle Energie der Student*Innen darzustellen, von einer „Verschmutzung der Straße durch Flugblätter“ sprach, was die Staatsmacht dazu nötigte ein „Reinigungsfahrzeug [sic!]“ zu ordern.

Aber was lustig klingt, ist perfide Realität und hört nicht bei den Bildungsprotesten auf. In Kopenhagen bei den Protesten gegen den UN-Klimagipfel wurden bereits über tausend Menschen festgenommen, ohne dass ihnen etwas vorgeworfen wird. Unschuldige Menschen wurden über Stunden auf dem gefrorenen Boden der dänischen Hauptstadt mit gefesselten Händen „endgelagert“, ohne Möglichkeit, sanitäre Anlagen zu benutzen, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen oder ihren Rechtsbeistand zu informieren. In den bürgerlichen Medien klingt das freilich anders: präventive Festnahme potentieller Gewalttäter und Chaoten.

Protest ist aber notwendig gegen das „neoliberale Gift“ [Zitat von Jean Ziegler, ehemaliger UN Sonderbeauftragter für Ernährung im Audimax Wien], und wir müssen erkennen, dass die Bildungsproteste, wie auch die Klimagipfelgegner und viele andere Bewegungen den gleichen Gegner haben. Der Logik unbegrenzten Wachstums müssen wir einen organisierten Widerstand und die Idee einer Gesellschaft, die an den Fähigkeiten und Bedürfnissen der Menschen orientiert ist, entgegensetzen:

FÜR EINE FREIE BILDUNG VON FREIEN MENSCHEN

von Peter

KEINE ANGST VOR DER BLOCH-FAUST



Als 1977 der Tübinger Philosophieprofessor und geistige Vater protestierender Studierender, Ernst Bloch, starb, widmete der AstA (Allgemeiner Studierendenausschuss) die Universität zu seinem Gedenken um. Das Logo geht auf eine Vorlesung Blochs anlässlich der Verleihung seiner Honorarprofessur im Festsaal der Neuen Aula zurück, als er als Ausdruck seines Widerstands gegen bestehendes Unrecht die geballte Faust erhob.

Der FSVV (Fachschaftenvollversammlung) erscheint dieses Symbol aufgrund ihres Selbstverständnisses als unabhängige Studierenden- Vertretung geeignet. Die Ernst-Bloch-Faust schlägt nicht: Sie steht als Symbol dafür, dass wir als Studierende nicht alles mit uns geschehen lassen. Die Besinnung auf Ernst Bloch versteht die FSVV als eine Besinnung auf ein ideologiefreies, gesellschaftskritisches Denken.

Aus dem „Dschungelbuch der Hochschulpolitik“

Tage wie diese...

Transpis
malen im
Kupferbau



Bundesweiter
Aktionstag
am 17.11.

Demo in
Stuttgart am
21.11. Stuttgart



Immer wieder in den letzten Jahren ...

...flammen in Europa Wellen studentischer Proteste auf. Ihnen allen gemeinsam ist die nachdrückliche Forderung, der schleichenden Privatisierung des höheren Bildungssystems entgegenzuwirken und sich von dem Druck zu befreien, das Schwinden eherner Bildungsideale aus ökonomischem Sachzwang zu legitimieren.

Was hier aber diskutiert wird, ist nicht einfach die Abkehr des Staates von seinem humanistischen Bildungsideal, diese junge protestierende Generation wendet sich mit ihrem Protest, gegen die, in allen sozioökonomischen Prozessen, wahrnehmbare Abkehr, der das öffentliche Leben prägenden Eliten vom humanistischen Menschenbild.

Im Herbst 2009 erreichen diese Protestwellen ihre ersten Höhepunkte; ausgehend von der Besetzung der Universität in Wien entfacht der Protestfunke flammenden Widerstand in unzähligen Universitäten der demokratischen G der westlichen Welt.

Es ist eine Botschaft, die eint: Wir fordern den Schutz von Wissenschaft und Bildung durch die öffentliche Hand. Bildung und Forschung dürfen nicht durch eine anti-humanistische Ideologie vereinnahmt werden. Der freie und gleiche Zugang zu Bildungschancen und Möglichkeiten ist in einem demokratischen

Gemeinwesen durch den Staat zu gewährleisten. Bildung und Forschung dürfen nicht dem bloßen ökonomischen Profit dienen, sondern müssen vor allen Dingen in den Dienst des Allgemeinwohls und der Sicherung der Lebensgrundlage aller Menschen gestellt werden.

Dies kann nur gelingen durch die Prämisse, dass es Anliegen des öffentlichen Bildungswesens ist, kreative Entfaltung und menschliche Evolution zu ermöglichen und das Entwicklungs- und Ideenpotential eines jeden einzelnen Menschen zu fördern und zu schützen.

Nur so, lassen sich die drängenden Fragen und Konflikte der Zukunft, erwachsend aus der Endlichkeit der globalen Ressourcen bei gleichzeitig wachsenden globalen Bedürfnissen, auf eine humane Art und Weise beantworten und lösen.

In diesem Sinne lasst uns mit unseren Kommilitonen und Kommiliton*innen in Berkeley fordern:

"This university is yours! We shift competition to cooperation. We replace stress and anxiety with compassion and joy. We transform the traditional balance of power of this institution to create an education that includes the interests, concerns, and passions of all of us, and embodies the true ideal of democracy. It's time to reinvent public education together, So come one, come all to your university!" (Dec 12th, 2009, <http://berkeleycuts.org/?p=332>)

Und wir behalten im Gedächtnis, dass uns alle, gleich welcher Herkunft und welcher Nationalität, diese auch in der folgenden Deklaration der Pariser Sorbonne zum Ausdruck kommende humanistische Geisteshaltung eint:

"We, the students, professors and the university workforce of the Sorbonne (Universities Paris I and Paris IV), having gathered at the Sorbonne in a General Assembly today (November, 24th 2009), to proclaim our solidarity and our greatest respect for the Universities of Germany, Austria, Switzerland, Italy and Hungary which have joined forces and are taking action.

Since the 1999 Bologna declaration, and the enforcement of the LMD (Bachelor / Masters / Doctorate ECTS) system, we have been undergoing the same unceasing attacks against our state universities, attacks which aim at their privatization and the dismantling of higher education as a public service.

The common ground to our struggles throughout Europe is that universities remain free (no tuition fees), that students of all backgrounds have access to higher education, that research be independent, that all funding for research and higher education be public, and that the budget for education increase."

Tanja

Gesine Schwan im besetzten HS25

18. November 2009

Im täglichen Plenum des besetzten Kupferbaus um 20 Uhr fanden sich nicht nur viele Studierende ein, sondern auch teils namhafte Vertreter der aktuellen bildungspolitischen Forderungen, unter anderem die versammelten Fachschaften der Fakultäten für Biologie und Physik der Uni Tübingen sowie die ehemalige Präsidentin der Europauniversität Viadrina und Schirmherrin der globalen Bildungskampagne in Deutschland, Prof. Dr. Dr. hc Gesine Schwan.

Sie solidarisierte sich in ihrem Grußwort mit den protestierenden Studenten und unterstützte ihre Forderungen. Sie forderte die Studierenden auf, den gesamtpolitischen Kontext der bildungspolitischen Forderungen zu hinterfragen, da es „ein gravierender Fehler gewesen sei, Bildung, Forschung und Politik ökonomischen Effizienzinteressen unterzuordnen“.

Gesine Schwan verabschiedete sich mit den Worten:

„Ich möchte Ihnen danken dafür,
dass Sie mit den Anderen zusammen sagen:
„So geht es nicht weiter““

Ein Videoausschnitt gibt es bei youtube zu sehen:
<http://www.youtube.com/watch?v=QqNVymDGiok>

Die Arbeit unserer Arbeitskreise

Vom „Image“ der Kupferbaubesetzung

Als Anfang Dezember ein einschlägig bekannter Professor zwei Sprechern unserer Besetzung das Rederecht mit den Worten „An die provisorische Revolutionsregierung“ übergab und die anwesenden Studenten*innen hämisch aufjohlten, wurde wieder einmal exemplarisch deutlich, dass auch nach mehr als einem Monat voll inhaltlicher Arbeit und der Kommunikation unserer Grundsätze, noch immer hartnäckige Vorurteile im Umfeld der Uni gegenüber uns Besetzer*innen kursieren.

Viel Arbeit für den AK Öffentlichkeit

Es gibt also noch viel Aufklärungsarbeit für den AK Öffentlichkeit zu tun, der sich mit dem Ziel gegründet hat, das negative Bild zurechtzurücken, das in Teilen der Studierendenschaft von der Besetzung besteht und noch immer eine ernstzunehmende Hemmschwelle für die aktive Mitarbeit vieler Mitkommiliton*innen darstellt.

Schon während der ersten Sondierungsrunden im Arbeitskreis zeigt sich, dass es erwartungsgemäß einige Vorurteile gibt, die von vielen Seiten oft vorgebracht und wiederholt werden. „Linksradikal“ sei der Protest, die Besetzung „kindisch-

pubertierend“, „unorganisiert“ und die Faust der Ernst-Bloch-Uni „zu aggressiv“.

In der Überzeugung, dass die vorgebrachten Vorwürfe so nicht mit unserem Selbstbild übereinstimmen, beschließen wir Selbstdarstellung, sprich: Werbung in eigener Sache, zu betreiben.

Flyermotive und Texte werden entworfen, die sich mal lustig („Taxi-Flyer“), mal ernsthaft mit den Zielen der Besetzung auseinandersetzen und alle Studierende dazu einladen und auffordern, zu uns in den Kupferbau zu kommen und sich ein eigenes Bild von der Besetzung zu machen, denn es „geht um unsere Bildung, unsere Uni, dein Fach, dein Studium, deine Zukunft“ und es gibt „keine Stimmungsmache für irgendwelche Parteien“.

Infostand Kupferbau „Besetzt“

Doch der Weg von einem beiläufig ergriffenen Papierzettel bis zu der Entscheidung, die Besetzung im Kupferbau aktiv zu unterstützen, ist weit, weitere Aktionen sind also unverzichtbar.

Wir beschließen, die von schlechten Studienbedingungen besonders betroffenen Student*innen direkt anzusprechen und basteln Plakate für unsere ersten Infostände. Schon wenige Tage später stehen wir zur Mittagszeit in der Eingangshalle der Mensa, verteilen unsere Flyer, erklären unsere Forderungen und geben

den anonymen „Besetzern“ ein menschliches Antlitz. Dann organisieren wir in enger Kooperation mit dem Brechtbau-Plenum einen Punsch-, Glühwein und Informationsstand vor dem Brechtbau. Die Reaktionen an den Ständen sind sehr ermutigend. Unsere Forderungen werden gelesen, diskutiert und mehrheitlich unterstützt. Viele zeigen sich sehr positiv überrascht von der konstruktiven Arbeit, die während der Besetzung geleistet wird und überlegen sich, auch einmal in den Kupferbau zu kommen. Wir werden nicht als „linke Splittergruppe“ wahrgenommen, sondern als eine offene Bewegung, die offensichtliche Missstände an der Uni Tübingen und im gesamten Bildungssystem anspricht.

Dennoch bleibt die Frage offen, wieviele der Interessierten es von den Infoständen in das Plenum schaffen und von da zu aktiven Unterstützern in einem AK werden. Häufig wirken die langatmigen Plena noch abschreckend und potentielle Mit-Besetzer*innen treten etwas verloren und verstört wieder den Heimweg an. Die Strukturen des Protests müssen offen bleiben und deutliche Anschlusspunkte für Neuankömmlinge bieten!

Denn es ist offensichtlich, dass wir eine möglichst breite Basis von Unterstützer*innen innerhalb und außerhalb der Studierendenschaft benötigen, die einerseits die Legitimation unseres Protestes erhöhen und andererseits unverzichtbar sind, wenn wir langfristig die Besetzung aufrechterhalten wollen.

Von Jakob Lanman Niese

AK Studiengebühren

Einer der Gründe für die Einführung der Studiengebühren war der vom Land vermittelte, dass der Studierende durch diese zum „Kunden“ seiner Uni würde und deswegen auch mehr von dieser (ein)fordern könnte.

Des Weiteren wird immer wieder betont, die Studiengebühren dienten der „Verbesserung der Lehre“.

Der tatsächliche Zweck der Studiengebühren aber ist derjenige, die durch den Rückzug des Landes entstandene Finanzierungslücke auszugleichen.

Überdies sind Studiengebühren ein weiteres Mittel bei der sozialen Selektion vor einem möglichen Studienbeginn, weil sich ihretwegen Student*innen aus bildungsferneren Schichten der Gesellschaft seltener (als zuvor) für ein Hochschulstudium entscheiden. Insbesondere für jene Student*innen, welche ihr Studium durch Nebenjobs finanzieren müssen, bedeuten Studiengebühren eine besondere Härte: Wer neben dem Studium noch arbeiten muss und dadurch noch zusätzlich belastet wird, kann sich weniger aufs Studium konzentrieren, als ein durchs Elternhaus finanziell abgesicherter Studierender, und ist dementsprechend diesem gegenüber im Nachteil. Folglich ist auch der von der Politik des Öfteren geforderte Ausgleich der Studiengebühren durch vermehrte Vergabe von Stipendien verlogen, weil diese nicht auf den Menschen an sich, und auf

seinen sozialen Hintergrund Rücksicht nehmen, sondern ihn auf seine Studienleistungen abstrahieren.

So bezahlen wir mit unseren Studiengebühren etwa Heizkosten sowie Hörsaalrenovierungen und stopfen die Haushaltslöcher der Unis, da sich das Land immer mehr aus seiner Pflicht der Hochschulfinanzierung zurückzieht. Diese Kürzung der Mittel führt zunehmend zu einem Wettbewerb der Fakultäten um Studiengebühren, die dadurch an andere Fächer fallen könnten, als an diejenigen, in welchen Ihr studiert!

Es bleibt zuallererst eine politische Entscheidung, wo das Land Geld investiert, und Bahnhöfe scheinen ihm zur Zeit wichtiger zu sein als Menschen...

Deswegen fordern wir mehr Geld für Bildung, den Stopp der chronischen Unterfinanzierung der Hochschulen, und die Abschaffung der Studiengebühren, wie in Hessen sowie im Saarland bereits geschehen!

Felix

AK Lehramt

Im AK „Verbesserung des Lehramtsstudienganges“ setzten wir uns mit den Problemen des aktuellen Studienganges und ganz besonders mit jenen des neuen Lehramtsstudienganges auseinander, die aus der geplanten Modularisierung (ab Wintersemester 2010/11) abzusehen sind. Hier seien zwei

Kernprobleme der Modularisierung genannt, einerseits die erschwerten Studienbedingungen einer Zwei-Fächer-Kombination, die mit einer Aufstockung der Lehrveranstaltungen und dem starren Umgang mit zu absolvierenden Modulen einhergehen und andererseits die Umstrukturierung des Praxissemesters, die beispielsweise eine Tätigkeit als „Assistant Teacher“ kaum noch zulässt.

Aus der Analyse des gegenwärtigen und des neuen Studiengangs heraus wurden zahlreiche Forderungen an die Landesregierung sowie an die Tübinger Unileitung erarbeitet und formuliert. (siehe: Unsere Forderungen auf http://wiki.ernst-bloch-uni.de/wiki/AK_Lehramt)

Raphaela Beier



AK: Bachelor / Master

Der Arbeitskreis Bachelor/Master hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Probleme der Umsetzung dieses neuen Systems aus der Sicht der Studierenden aufzuzeigen. Grundlage für diese Arbeit waren in erster Linie unsere Erfahrungen im Uni-Alltag, in dem wir alle mit diesen Fehlern zu kämpfen haben. Daher setzen wir uns im AK für eine Entschulung und Überarbeitung der deutschen Umsetzung des Bolognaprozesses ein. Im Zuge dieser Arbeit formulierten wir Forderungen und Verbesserungsvorschläge, die an das Rektorat übergeben wurden und auch an die Landesregierung überreicht werden sollen.

Die ersten Erfolge dieser Arbeit kann man darin sehen, dass von Seiten der Politik auf die Beschwerden über das Bachelor/Mastersystem und dessen Umsetzung reagiert wird, auch wenn die Ergebnisse bisher hinter den Erwartungen zurückbleiben. Für alle, die das ändern wollen und ihre eigenen Anliegen einbringen wollen, sei auf den Bologna-Kongress der Landesregierung am 8. März 2010 verwiesen. Auf der Seite des Ministeriums für Wissenschaft, Bildung und Kunst kann man selbst Kritik einbringen. Einfach „Bologna-Kongress“ und „Landesregierung“ googeln und dann schreibt, was ihr loswerden wollt! Bedenkt dabei, dass zur Zeit jeder Bachelorstudent ein Versuchskaninchen für ein neues Ausbildungssystem ist und dafür auch noch Studiengebühren zahlt!

Schlöss

Revolutionary Sound: AK Radio Kupferbau.

„Hier ist Radio Kupferbau, das waren die Jungs um Zack de la Rocha: Rage Against The Machine mit 'Fuck The Police(Live in Philadelphia)'. Und jetzt tanzt Promoe von Looptroop mit euch den Revoluzzertanz: 'Revolutionary Step'.“ So oder so ähnlich schallt es seit einer Woche täglich durch den Kupferbau, wenn jemand gerade Lust hat, die Besetzer*innen mittels eines Musikprogramms zu unterhalten. Manchmal bitten gerade tagende Arbeitskreise um eine Lautstärkereduzierung, aber je später der Abend wird, desto häufiger heißt es „Dreh den Scheiß auf!“. Das ist Radio Kupferbau, von Besetzer*innen für Besetzer*innen.

Wie es dazu kam...

Es war am Mittwochabend, der 9. Dezember, und gerade hatten die Punkrocker von The Renderings ihren letzten Akkord ausklingen lassen, als augenblicklich ein gewisses Musikvakuum den Kupferbau füllte. Die Tanzwütigen waren aber noch vor Ort, und nachdem einige hastig geöffnete Flaschen Oettinger Export auch nicht viel an der misslichen Lage änderten, demokratisierte Joni, ausgerüstet mit einigen Gigabytes digitaler Musik und einem AUX-Kabel das Mischpult und legte nach: Papa Roach, The Offspring, Reel Big Fish, Rise Against und Taking Back Sunday leiteten eine kleine, aber feine Aftershowparty ein, deren nostalgischer Sogwirkung sich auch Chris, der Frontmann der Renderings, nicht entziehen konnte: „Last Resort...wie lange hab

ich das nicht mehr gehört? Geil.“ An diesem Abend wurde Radio Kupferbau zumindest mental geboren, denn das Programm sollte noch bis 5 Uhr morgens weitergehen, und am nächsten Tag schon um 9, diesmal bis gegen 18 Uhr fortgesetzt werden. In dieser Zeit wurde die heutige Infrastruktur (Boxen, Mischpult, Musikabspielgeräte) Feuchtigkeits- und Belastungstests unterzogen, wie sie nicht mal die Stiftung Warentest besser gemacht hätte. Und trotzdem läuft alles noch wie am ersten Tag, wenn nicht sogar besser.

Was zur Zeit passiert...

Bis zum 17.12. ist Radio Kupferbau täglich auf Sendung, und den Moderator*innen gegenüber ist bisher noch fast kein Bedürfnis geäußert worden, das nicht musikalisch befriedigt werden konnte. Aufgrund der freiwilligen Beteiligung gibt es keinen festen Sendeplan. Immer, wenn jemand da ist, der/die sich dazu berufen fühlt, die Stimmung zu heben, ist er/sie frei, sich kreativ am Musikprogramm zu betätigen. Es lohnt sich also, in einer freien Minute zwischen zwei Vorlesungen mal vorbeizukommen, am Infostand einen Kaffee oder ein Kaltgetränk (gegen Spende) zu trinken, und bei gewohnt ungewöhnlichem Musikmix die Uni Uni sein zu lassen.

Wie es weitergeht...

Zugegeben, Radio Kupferbau klingt etwas hoch gegriffen, denn auch wenn man mit unserem 1800-Watt-Verstärker und den zwei

großen Boxen ohne Probleme den Hörsaal 25 zur Disco machen könnte, ist der Sendebereich ohne Leitung nach draußen auf den Kupferbau begrenzt. Allerdings ist angedacht, einen Stream über unsere Internetseite www.tuebingenbrennt.de verfügbar zu machen, damit das Radio nicht ortsgebunden ist, und Sympathisant*innen auch zu Hause die Möglichkeit haben, den 'Revolutionary Step' zu tanzen. Dazu fehlt zur Zeit noch technischer Support, wenn sich also jemand dazu berufen fühlt, im Maschinenraum zu helfen, dass die MS Radio Kupferbau im neuen Jahr digital vom Stapel laufen kann, dann bitte ran an den Rechner und ab mit der Mail an info@tuebingenbrennt.de. Man dankt.

Stay tuned to the revolution,

Joni

Internet AK

Öffentlichkeit herstellen

Die Öffentlichkeitsarbeit des Bildungsstreiks und v.a. die der Kupferbau-Besetzung beruht im Wesentlichen auf drei Säulen: Flyer und andere Materialien, die an der Uni verteilt werden, Presse-Arbeit in Form von Pressemeldungen und Interviews und Informationsverbreitung über digitale Kanäle.

Newsletter

Auch die Besetzung hat inzwischen einen Newsletter, über den nur selten und dann gezielt für konkrete Veranstaltungen Werbung gemacht worden ist. Zum Beispiel für Vollversammlung und Demo in der letzten „Besetzungs-Woche“ vor den Ferien.

Tübingen brennt

Direkt zur Besetzung wurde ein Account bei dem aktuell sehr gehypten „Instant-Blogging“ Dienst „Twitter“ angelegt. Auf diese Weise sollten Informationen kurz und schnell an die Öffentlichkeit herausgegeben werden. Andere besetzte Unis, wie die in Wien, hatten Twitter schon lange davor genutzt und damit einen „Standard“ gesetzt, dem sich die Tübinger Besetzung anschließen wollte.

Da die Kommunikation über Twitter aber nur sehr kurze Beiträge von maximal 140 Zeichen erlaubt (darin liegt ein „Reiz“ dieses Dienstes) und die Bildungsstreik-Seite nicht für chronologisch angeordnete kurze Blog-Einträge konzipiert war, bekam die Kupferbau-Besetzung bereits in der ersten Woche ein eigenes Weblog. Zunächst aus pragmatischen Gründen unter kupferbau.ernst-bloch-uni.de untergebracht, wurde schon bald nach der Räumung die Domain www.tuebingenbrennt.de registriert, unter der die Seite aktuell beworben wird.

Ernst-Bloch-Uni

Da es offenbar auch unter den Besetzer*innen einige Verständnisprobleme in Bezug auf die Domain ernst-bloch-uni.de gab, soll auch diese Plattform kurz erklärt werden:

„ernst-bloch-uni.de“ ist eine Domain der Fachschaften-Vollversammlung, auf der Projekte aus dem Umfeld der „Räte“ einen Platz gefunden haben. So hat dort etwa das Bildungsmagazin unter ernst-bloch-uni.de/radio seine Seite und auch das für verschiedene Projekte offene „Wiki der Ernst-Bloch-Uni“ findet sich unter wiki.ernst-bloch-uni.de.

Hintergrund dieser Auslagerung von Inhalten auf eine separate Domain ist zum einen der gewollte positive Bezug auf Ernst Bloch.

Tübingen bloggt

Die Hauptfunktion der Seite ist das Blog, in dem die neuesten Ankündigungen oder Berichte immer gleich als erstes zu finden sind. Hier wurde bislang für (fast) jeden Tag der Besetzung ein Tagesprogramm online gestellt, durch das man sich über die jeweils tagenden Arbeitskreise, Veranstaltungen und Aktionen informieren konnte. Da die meisten Besetzer*innen nicht permanent im Kupferbau bleiben können und wollen sind diese Pläne eine wichtige Orientierungshilfe bei der eigenen zeitlichen „Besetzungs-Organisation“.

Weitere wichtige Unterseiten sind in der linken Navigationsleiste relativ unscheinbar untergebracht: Unter dem Punkt „Protokolle“ finden sich die Ereignisse nahezu jedes Plenums. Auch die Arbeitskreise der Besetzung haben größtenteils eigene Unterseiten, auf denen sie über ihre weiteren Treffen informieren und Ergebnisse und Ziele veröffentlichen.

Die Redaktion

Nachdem die Besetzungs-Seite zunächst nur von einem kleinen Team aus dem Umfeld des Tübinger Bildungsstreiks mit Inhalten gefüllt worden ist, sind es inzwischen 27 Redakteur*innen, die an der Seite arbeiten oder zumindest von Zeit zu Zeit Inhalte online stellen.

Obwohl die Arbeit gut läuft, ist der Internet AK wohl der einzige AK im Kupferbau ohne regelmäßiges Treffen. Wichtige Fragen werden über einen internen Mailverteiler geklärt, der auch von außen angeschrieben werden kann: internet@tuebingenbrennt.de

Statistik

Seit die Seite am 8. November zum ersten Mal in Betrieb genommen wurde, ist sie von 17924 einzelnen Besuchern aufgerufen worden. Wenn man die Zugriffe aller Besucher gemeinsam aufaddiert, kommt man dabei auf 101397 sogenannte Hits.

Von der Entwicklung der Besucherzahlen her lassen sich die „Höhepunkte“ der Besetzung auch an den Zugriffszahlen ablesen. Vor und nach der Räumung waren die Zugriffe am höchsten. Einen weiteren „Peak“ gab es vor und nach dem Bildungstreik-Aktionstag am 17. November.

Bedeutung des Internets für den Protest

Nachdem die Besetzungs-Seite zunächst nur von einem kleinen Team aus dem Umfeld des Tübinger Bildungstreiks mit Inhalten gefüllt worden ist, sind es inzwischen 27 Redakteur*innen, die an der Seite arbeiten oder zumindest von Zeit zu Zeit Inhalte online stellen.

Obwohl die Arbeit gut läuft, ist der Internet AK wohl der einzige AK im Kupferbau ohne regelmäßiges Treffen. Wichtige Fragen werden über einen internen Mailverteiler geklärt, der auch von außen angeschrieben werden kann: internet@tuebingenbrennt.de

Statistik

Seit die Seite am 8. November zum ersten Mal in Betrieb genommen wurde, ist sie von 17924 einzelnen Besuchern aufgerufen worden. Wenn man die Zugriffe aller Besucher gemeinsam aufaddiert, kommt man dabei auf 101397 sogenannte Hits.

Von der Entwicklung der Besucherzahlen her lassen sich die „Höhepunkte“ der Besetzung auch an den Zugriffszahlen ablesen.

Vor und nach der Räumung waren die Zugriffe am höchsten. Einen weiteren „Peak“ gab es vor und nach dem Bildungstreik-Aktionstag am 17. November.

Bedeutung des Internets für den Protest

Das Internet als einziger Kommunikations-Kanal ist kaum geeignet, um Menschen zur Teilnahme an einem Protest zu motivieren. Daher sind v.a. Flyer, aber auch Menschen, die persönlich andere Menschen in der Öffentlichkeit ansprechen viel wichtiger für die Mobilisierung als Internet-Seiten oder E-Mail-Newsletter. Wenn dann aber erstmal der Kontakt hergestellt und das Interesse geweckt ist, bietet sich mit einem einfach zu verwaltenden Blog oder einem Newsletter die Möglichkeit Sympathisant*innen und Aktivist*innen besser in den Protest einzubinden und bei Bedarf (Newsletter, Twitter) schnell zu erreichen.

Daher dürfte wohl das Internet als Medium des Protests immer wichtiger werden. Das einzige sollte es aber nicht sein. Realer Protest braucht schließlich auch reale Menschen.

Fabian Everding (fabian@fsrvv.de)

Wo verstecken sich Naturwissenschaftler*innen vom Berg??? Oder: AK Morgenstelle

Ist es ein Problem der geographischen Isolation, oder hat es einen tieferen Hintergrund, dass sich auf Bildungsdemos, -streiks oder Besetzungen nur geisterhaft Naturwissenschaftler*innen einfinden? Um dieser Frage nachzugehen hat sich der AK Morgenstelle gegründet. Damit die Besetzung auch auf die Morgenstelle (für alle nicht Naturwissenschaftler*innen, dass ist der Campus auf dem Schnarrenberg) getragen wird, haben wir dort geflyert, Infowand und -tische aufgestellt, in einigen Vorlesungen geworben, ein Banner am Hörsaalzentrum aufgehängt und in der vorletzten Woche vor den Weihnachtsferien „freien Kaffee für eine freie Bildung“ ausgeschrieben. Dabei wollen wir den Naturwissenschaftler*innen zeigen, dass sich die Besetzer*innen auch für ihre Probleme interessieren und ihre Meinung, Mitarbeit und Kompetenz erwünscht sind! Wir wollen auch in Zukunft weiterhin die „Berggeister*innen“ von der Morgenstelle informieren und aufklären, was sich „in der Stadt“ so tut, damit die Ausrede nicht weiter gilt: „Ich habe von nix gewusst“! Wir freuen uns auf frischen Zulauf nach den Ferien!!!

Infos gibt's auch online unter <http://wiki.ernst-bloch-uni.de/wiki/Kupferbau> und in der StudiVz Gruppe „AK Morgenstelle“.

P.S. Wir haben alle viel zu tun, es gibt noch viel zu tun und gemeinsam tut es sich leichter!!!

Verena vom AK Morgenstelle

Und plötzlich war Bewegung da: Der AK Zukunft der Tübinger Studierendenvertretung

Jahrelang hört man immer nur davon, dass die Studierenden in Deutschland eine träge Masse sind, die sich für nichts mehr begeistern ließen und sich vor allem für nichts interessieren. Da konnten Bildungs- und Wissenschaftsminister das Bildungssystem verändern, die Masse der Schüler und Studenten interessierte sich noch nicht einmal dafür. Bis in diesem Sommer der Bildungsstreik das erste Mal auf den Plan trat und eine deutschlandweite Bewegung von einer Viertelmillionen Menschen auf die Straße brachte. Plötzlich gab es doch so etwas wie eine Bewegung, die sich für Verbesserungen einsetzt und stark macht und als dann in diesem Herbst eine erneute Protestwelle über Deutschland rollte, wurde klar, hier geht was, hier kann man was verändern.

Auch in Tübingen gab es endlich eine Bewegung, auch in Tübingen gingen Schüler und Studierende auf die Straße und auch in Tübingen diskutierte man und setzte sich für Veränderungen ein. Plötzlich – wie aus dem Nichts, erhoben sich aus der Masse an Studierenden unzählige, die scheinbar nur darauf gewartet haben, mit ihren vielen Ideen und kreativen Vorschlägen die Diskussion zu bereichern. Soviel Potenzial für eine Studentenbewegung war lange nicht und schnell wurde klar, ohne ein attraktives Angebot der Mitwirkungsmöglichkeiten würden viele dieser kreativen Hotspots einfach wieder im Unialltag untergehen.

Aus dem Plenum heraus wurde erörtert, wie es weitergehen kann mit der Tübinger Studierendenvertretung, wie man die Spaltung in Fachschaften und politische Hochschulgruppen aufheben kann und welche Möglichkeiten der Einbeziehung des in BaWü macht- und wortlosen ASTa es gibt. Schnell wurde klar, ein weiter so in alten Strukturen wird niemanden zur Mitarbeit motivieren. Wenn die Entscheidung zu Beginn des Engagements erst einmal getroffen werden muss, Parteipolitik in politischen Nachwuchsorganisationen oder Sachpolitik nur auf Fächerebene in der Fachschaft, dann ist das nicht nur für ein Gros der Aktiven abschreckend. Auch starre Strukturen vom Kassierer bis zum Protokollanten, von der Geschäftsordnung bis zur Mitgliedsnadel, alles Abschreckende sollte in der neuen Tübinger Studierendenvertretung außen vor bleiben. Jeder soll nach seinen Interessen und seinen Fähigkeiten mitarbeiten können und jeder soll sich mit seinen Ideen an die Studierendenvertretung wenden können. Diese Herausforderungen sind es, die die Arbeitsgruppe Zukunft der Tübinger Studierendenvertretung zu lösen versucht und die seit einem Monat erörtert werden. Erst Vorschläge liegen vor, Übersichten wurden gezeichnet und Vor- und Nachteile abgewogen. Am Ende ist diese Debatte noch lange nicht, sollen doch davon auch die zukünftigen Generationen aktiver Tübinger Studierender profitieren. Jeder ist herzlich eingeladen, mitzuarbeiten und seine Visionen, Vorschläge und Vorstellungen einzubringen und sich für eine starke Tübinger Studierendenvertretung stark zu machen.

Kontakt für jeden Interessierten: GA@fsrvv.de

DK

Die Räumung

7.00 Uhr
morgens am
12.11. im
Kupferbau



Kein weiterer
Kommentar...



Die Motivation
des Rektorats
und die Rolle des
SWR bei der
Räumung bleiben
bis heute fraglich



WIE DER SWR-ELCH die Kupferbau-Besetzer knutscht ...

Offener Brief an den Rektor
der Universität Tübingen,
Herrn Prof. Dr. B. Engler

Tübingen, 13.11.2009

Durch den Polizeieinsatz gegen die protestierenden Studenten haben Sie die Angemessenheit verletzt, Vertrauen verspielt, dabei nicht nur Ihre Hilflosigkeit eingestanden, sondern auch die Solidarität mit Ihren und unseren Studenten aufgekündigt. Ein beschämender Vorgang an einer Universität, an der Theodor Eschenburg, Walter Jens und Ernst Bloch lehrten, für die Zivilcourage, Widerstandskraft und innere Unabhängigkeit zu den spezifischen Ausbildungszielen der Universität gehörten. Anstatt gemeinsam mit unseren Studenten Widerstand zu leisten gegen die undemokratisch von oben verordnete Zerstörung der deutschen Universität, ihre Auslieferung an kurzfristige wirtschaftliche Interessen und den Ausverkauf der akademischen Bildung an die bloße Vermittlung technischer Fertigkeiten kriminalisieren Sie sogar die eigentlichen Opfer dieses Trauerspiels.

Der Protest der Studenten verdient die Unterstützung aller akademischen Bürger und einer kritischen und demokratischen Öffentlichkeit. Wir sollten Misstrauen und Kritikfähigkeit, Zivilcourage und den Anspruch auf eine qualitätsvolle Ausbildung fördern und bestärken – nicht in Polizei-Einsätzen ersticken.

Prof. Dr. Gert Ueding

Protest im Kapitalismus.

Einige Anmerkungen zur Debatte um „Ideologiefreiheit“

Hätten wir vor 40 Jahren eine Politisierung der Studierendenproteste gefordert, so wäre diese Forderung als geradezu absurd empfunden worden – Studierendenproteste waren politisch, thematisch breit gefächert und nicht auf Partikularinteressen beschränkt. Sie waren nicht im eigentlichen Sinne Studierendenproteste sondern vielmehr Proteste, deren tragende soziale Gruppe die Studierenden waren. Denn trotz ideologischer Heterogenität und Uneinigkeit selbst in grundlegenden Fragen war jungen Männern und Frauen damals klar, dass die Universität kein in sich abgeschlossenes System darstellt und all ihre Vorstellungen von einer besseren Gesellschaft in einem Zusammenhang standen.

Heute kann von einem solchen Konsens keine Rede sein. Von ihren ersten Tagen an erlebte die Kupferbau-Besetzung Diskussionen über den politischen Charakter der Bildungsproteste. Wenn gleich sich diese Diskussionen darum drehten, ob oder ob nicht den Protesten ein politischer Gehalt zukommen solle oder müsse, scheint mir hier die Formulierung „politischer Charakter“ gerechtfertigt. Denn „Wer sich nicht mit Politik befasst“ so Max Frisch, „hat die politische Parteinahme, die er sich sparen möchte, bereits vollzogen: er dient der herrschenden Partei“. Auch der Versuch, Proteste ihres naturgemäß politischen Gehalts zu entkleiden, ist demnach ein politischer Akt.

Aber ist es nicht im Interesse all derer, die an realen Verbesserungen im Bildungssystem interessiert sind, politische, ja „ideologische“ Aspekte beiseite zu lassen? Ist nicht die Mehrheit der Studierenden unpolitisch oder zumindest an einer Positionierung, die über Bildungspolitik hinausgeht, nicht interessiert? Ich meine, dass diese Auffassung als falsch und äußerst kontraproduktiv zurückgewiesen werden muss. Der Grund dafür ist ein zweifacher.

1. Jede Bewegung muss sich die Frage nach dem Verhältnis von konkreter Forderung und dem Gesamtzusammenhang ihrer politischen Zielsetzungen stellen. Ein zu enger, zu beschränkter Forderungskatalog schließt Individuen und Gruppen, die sich ansonsten angesprochen fühlen könnten, als potentielle Mitstreiter oder Bündnispartner aus. Ein zu weiter Forderungskatalog kann dazu führen, dass Forderungen, die von einer Mehrheit als zentral angesehen werden, in den Hintergrund treten. Für uns als protestierende Studierende stellt sich die Frage immer wieder erneut, welche Breite und welcher gesellschaftliche Tiefgang unserer Forderungen angemessen sind. Die letzten drei Jahre sahen an der Universität Tübingen zwei Versuche eines Boykotts der Studiengebühren, die trotz aufopfernden Engagements einer ganzen Reihe aktiver Studierender weit hinter den erforderlichen Teilnehmerzahlen zurückblieben und bei vielen wohl hauptsächlich Entmutigung hinterlassen haben dürften. Das Bildungstreik-Komitee beschloss wenige Wochen vor dem Beginn der Besetzung eine ganze Reihe von Forderungen, die sich nun bei weitem nicht mehr auf die Abschaffung der Studiengebühren beschränkten. blieb dies ein wichtiges Ziel, so traten daneben andere, wie die Demokratisierung der Hochschulen, die Abkehr von der

Ökonomisierung des Bildungswesens, das Ende sozialer, ethnischer oder sexueller Diskriminierung, die Förderung kritischer Wissenschaft, die Verbannung des Militärs aus Bildungseinrichtungen und verbesserte Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Bildungssektor. Im Ergebnis fand ein Großteil der Studierendenschaft, dass im Katalog Forderungen enthalten seien, für die zu kämpfen es sich lohnt. Auch wer keine Studiengebühren zahlen muss, kann nun immer noch genug Gründe finden, um an den Protesten teilzunehmen. Dies war einer der wichtigsten Gründe für die erstaunliche Kraft, die die Protestbewegung im Herbst 2009 erlangen konnte. Hierdurch wurde die Möglichkeit eröffnet, mit anderen kämpfenden und protestierenden Gruppen Bündnisse zu schließen und die Beschränkung des Protests auf die Studierendenschaft somit nachhaltig aufzubrechen. Somit erwuchs und erwächst unserer Bewegung die Chance, in Zukunft durch Vernetzung, Solidarisierung und Bildung einer gemeinsamen Front mit den aktiven Teilen der Arbeitnehmerschaft und ihren Vertretungen eine nie dagewesene Stärke und Durchsetzungsfähigkeit zu erlangen.

2. Das bedeutete aber auch, dass der Protest sich nicht mehr auf solche Forderungen beschränken konnte, die durch das Drehen an ein paar Stellschrauben des Bildungssystems zu beheben wären. Forderungen wurden gestellt, die mittelbar auf den Zusammenhang dieses Bildungssystem mit dem Gesellschaftssystem verwiesen und so die funktionale und historische Verortung unseres Bildungssystems als Strukturelement einer Gesellschaft mit kapitalistischer Produktionsweise nahelegten. Wussten Marxisten schon lange, dass die diversen Bestandteile des politischen, juris-

tischen, ideologischen, kulturellen Überbaus zueinander und zu den Eigentumsverhältnissen der Gesellschaft in Verbindung stehen und mit ihnen somit eine widersprüchliche Einheit bilden, so war es nun die Praxis der Studierendenbewegung selbst, die das Augenmerk auf diese Einheit lenkte. Wir haben die Verbannung der Bundeswehr und ihrer Kriegspropaganda aus Bildungseinrichtungen gefordert, um der Ökonomisierung Einhalt zu gebieten und kritische Bildung zu fördern. Das führt jedoch weiter zu der Frage, warum überhaupt das Militär bisher einen solchen Platz an den Schulen innehat. Letztendlich kommt, wer Krieg und Kriegspropaganda kritisiert, an einer Kritik der hierarchischen Abhängigkeits- und Herrschaftsverhältnisse, an den Profitinteressen des Kapitals der Industriestaaten und an diesen Staaten, die wirtschaftliche Interessen auch militärisch durchsetzen, nicht vorbei. Das Beispiel Antimilitarismus steht jedoch nicht alleine. Wer die Abschaffung der Studiengebühren, höhere Löhne für das Uni-Personal und mehr Geld für die Bildung fordert, wird schnell mit dem deutschen „Standort“ und dem Staatshaushalt konfrontiert, die weitere Staatsausgaben angeblich unmöglich machen. Die Forderung nach einer Ökonomie, die für den Menschen produziert und nicht gegen die Konkurrenz auf dem Weltmarkt, liegt hier nicht allzu fern. Das enge Korsett der kapitalistischen Produktionsweise, in welches jeder Kampf um bessere Lebensverhältnisse in dieser Gesellschaft gepresst ist, lässt Protestbewegungen verschiedenster Art immer wieder die Grenzen des im Kapitalismus durchsetzbaren erfahren. Eine umfassende, das geistige und schöpferische Potential junger Menschen angemessen zur Entfaltung bringende Bildung ist im Kapitalismus letztlich ebenso un-

möglich wie ein Arbeitslohn, der dem Wert des Arbeitsprodukts entspricht. Den protestierenden Studierenden muss also klar werden, dass keines ihrer Probleme durch ein paar Nächte in einem Hörsaal gelöst wird.

Welche sind also die Perspektiven? Zunächst wird es nötig sein, den begonnenen Prozess fortzusetzen. Vernetzung mit ähnlichen Interessen und der Aufbau schichtenübergreifender Strukturen, die das Jahr 2009 überleben, sind das vordringliche Ziel und die einzig nachhaltige Vorgehensweise. Es zeigt sich, dass die Politisierung und Radikalisierung der Bildungsproteste den einzig sinnvollen und konsequenten Weg sowie die einzige Chance auf vollständige und bleibende Durchsetzung unserer Ziele darstellen. Die Perspektive, die unser Kampf um bessere Bildung eröffnet, muss eine emanzipatorische sein – sie muss auf die Überwindung des Kapitalismus, auf eine von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen befreite Gesellschaftsordnung hinauslaufen.

Johnny Genovese





Forderungen des Kupferbau-Plenums an das Rektorat

19. November 2009

Dies ist eine Aufstellung der ersten Forderungen an die Uni-Leitung, die das Kupferbau-Plenum beschlossen hat. Das Rektorat kann diese auch ohne Änderungen im Landeshochschulgesetz umsetzen. Der Forderungskatalog bleibt offen für Erweiterungen, die dem Rektorat nachgereicht werden. Die Nummerierung erfolgt zum Zweck der besseren Handhabung und drückt keine Priorität aus.

Allgemeine Forderungen

1. Die sofortige Offenlegung von Herkunft und Verwendung aller Drittmittel.
2. Die Einführung einer Zivilklausel (Selbstverpflichtung, nicht an militärischen Forschungen teilzunehmen), bzw. sollte bereits eine derartige Klausel existieren, verpflichtet sich das Rektorat diese Klausel öffentlich zu machen und einzuhalten. Das Rektorat soll die Bundesregierung aufrufen, Mittel für friedenspolitische Arbeit an der Uni Tübingen zur Verfügung zu stellen.
3. Die sofortige Erfüllung der Forderungen der Hochschulsekretär*innen (siehe deren Website: www.hochschulsekretaerinnen-verdienen-mehr.de/).

4. Die dokumentierte Kommunikation all unserer Forderungen an Bundes- und Landesregierung in der Landesrektorenkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz. Wo möglich soll sich das Rektorat auch aktiv für diese Forderungen einsetzen.
5. Sich zu verpflichten, den Hochschulrat mit Personen zu besetzen, die das gesamte gesellschaftliche Spektrum abbilden. Das nächste gewählte externe Mitglied muss ein*e Interessenvertreter*in des nichtwissenschaftlichen Dienstes (z.B. Gewerkschafter*in) sein. Alternativ: Der Hochschulrat soll um ein externes Mitglied aus den Gewerkschaften und ein internes aus dem nichtwissenschaftlichen Dienst erweitert werden.
6. Die freie Wählbarkeit der Fächerkombination bei Bachelor-Studiengängen zu gewährleisten.
7.
 - a) Eine Stelle zur Beratung von potenziellen Studienanfänger*innen ohne Abitur (Berufstätigen) zu schaffen.
 - b) Die Aufnahmekriterien für Studienanfänger*innen ohne Abitur sollen möglichst weit ausgelegt werden.
8. Das studentische Servicezentrum sowie neue Lehrgebäude in der Priorisierung der universitären Bauvorhaben an die erste Stelle zu setzen. Anmerkung: Im Gegensatz zu einem neuen Platz vor der Neuen Aula.
9.
 - a) Das Clubhaus muss bleiben!
 - b) Auch die "Wilhelma" (Wohnheim hinterm Clubhaus) muss bleiben!
10. Abschaffung der Blockung der Lehrveranstaltungen (z.B. i. d. Biologie). Anmerkung: Die Blockung mancher Veranstaltungen

verhindert, dass während dieser Zeit Veranstaltungen, die über das ganze Semester stattfinden, besucht werden können.

11. Ausbau der Kapazitäten des Fachsprachenzentrums.
12. Einhaltung der zentral koordinierten Zeitpläne für Lehrveranstaltungen (gleichzeitiger Anfang, gleicher Rhythmus). Anmerkung: In manchen Fakultäten beginnen die Veranstaltungen um 9, in anderen um 10Uhr, wodurch Überschneidungen stattfinden. Ein zentral koordinierter Zeitplan wurde bereits erstellt, ist aber von den Fakultäten teils noch nicht umgesetzt.
13. Veröffentlichung der Senatsprotokolle.
14. Duldung der Öffentlichkeit des AStA durch das Rektorat.
15. Öffentliche Sitzung des Rektorats.
16. Veröffentlichung der Protokolle der Fakultätsräte und der Studienkommission.
17. Eine wirklich barrierefreie Uni muss geschaffen werden. Anmerkung: Studierenden mit Behinderungen ist ein reibungsloses Studium oft nicht möglich, da beispielsweise Veranstaltungen in Gebäuden/Räumen stattfinden, die für sie nicht zugänglich sind.
18. Abschaffung der Anwesenheitspflicht in den Lehrveranstaltungen. Anmerkung: Wir finden, dass die Verantwortung, ob sie Veranstaltungen besuchen oder nicht, bei den Studierenden liegen muss. Es muss jedem überlassen sein, wie er das jeweilige Wissen erwirbt.

19. Wir fordern ein Betreuungsverhältnis in jedem Studiengang von mindestens einer Vollprofessur auf 100 Studierende.

20. Niemand darf aufgrund zu langer Studienzeiten exmatrikuliert werden. Dies gilt auch für Prüfungen, die nicht in dem von der Prüfungsordnung vorgegebenen Zeitraum abgelegt werden.

Forderungen in Bezug auf Zulassungsbeschränkungen

1. Die Hochschulen müssen innerhalb ihrer Zuständigkeiten Zulassungsbeschränkungen abschaffen. Anmerkung: Wir stellen uns eine Gesellschaft vor, in der jede*r das studieren kann, was ihn/sie interessiert. Einige Berufe dürfen nicht aufgrund des Abiturnschnittes von vorne herein ausgeschlossen sein. Andererseits ist auch klar, dass eine Öffnung der Studiengänge mit einer besseren Finanzierung der Universitäten verbunden sein muss, so dass genügend Dozenten, Räume etc für die jeweiligen Studiengänge zur Verfügung stehen.

2. Bis die Abschaffung des NC umgesetzt ist, fordern wir als Sofortmaßnahme, dass Studienbewerber*innen mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen nach Vorlage eines ärztlichen Attests von Zulassungsbeschränkungen befreit werden müssen.

Forderungen zum Studium auf Lehramt

3. Es dürfen keine Fächerkombinationen aufgrund von Überschneidungen in den Modulhandbüchern unmöglich zu studieren sein. Die freie Wahl der Fächerkombinationen und deren praktischen Umsetzung muss gewährleistet sein.

4. Die Bestandteile eines Moduls müssen sich ergänzen. Eine ausgewogene Basis von Breite und Tiefe des Lernstoffes muss gewährleistet werden.

5. Änderungen einiger Regelungen der Universität Tübingen auf den Landesgesetztext.

1. "Studierende desselben Studienfaches, die die Zwischenprüfung abgelegt haben und die Prüfung nicht zu demselben Termin ablegen, kann das Prüfungsamt mit Zustimmung des Bewerbers und der Mitglieder des Prüfungsausschusses im Umfang der vorhandenen Plätze als Zuhörer an der mündlichen, der künstlerisch-praktischen oder der integrativen Prüfung zulassen."

2. "Ebenso bleiben Studienaufenthalte im fremdsprachigen Ausland bis zur Dauer von zwei Semestern, bei modernen Fremdsprachen zwei Semester je Fremdsprache, unberücksichtigt, wenn Bewerber an einer ausländischen Universität für das Studium eines oder mehrerer ihrer Hauptfächer eingeschrieben waren und nachweislich Lehrveranstaltungen in angemessenem Umfang, in der Regel von mindestens acht Semesterwochenstunden, in mindestens einem der Hauptfächer besucht und je Semester mindestens einen Leistungsnachweis erbracht haben. Ebenso bleiben bis zu zwei Semester bei einer Tätigkeit als Fremdsprachenassistent oder als Schulassistent im Ausland unberücksichtigt."

3. "Die Tätigkeit als Fremdsprachenassistent muss im vollen Umfang als gleichwertige Leistung zum Praxissemester anerkannt werden. Die im Praxissemester verpflichtenden fachdidaktischen und pädagogischen Übungen sollen jedoch am staatlichen

Seminar für Lehrerbildung im vollen Umfang verpflichtend nachgeholt werden."

Anmerkung der Redaktion: Mittlerweile hat das Rektorat auf diese Forderungen reagiert und die Erfüllung vieler Punkte zugesagt. Die abgelehnten Forderungen hat das Kupferbau-Plenum ausführlich begründet und erneut an das Rektorat gestellt. Die ausführliche Diskussion haben wir euch auch aufgrund der vielen Seiten erspart.

Die Stellungnahme des Rektorats könnt ihr unter www.tuebingenbrennt.de → Dokumente abrufen.

Die Kritischen Auseinandersetzung mit der Stellungnahme des Rektorats zu unserem Forderungskatalog unter www.tuebingenbrennt.de → AK Forderungen



Demo in Stuttgart am 21.11.

Wenn der Gegner uns zustimmt, ist das schlecht und nicht gut.

Wer die Darstellung der Studierendenproteste in den Medien verfolgt hat, dürfte sich stellenweise sehr gewundert haben. Politiker*innen und Hochschulrektor*innen äußern im Fernsehen ihre Zustimmung zu den Bildungsprotesten und erwecken den Eindruck, sie würden unsere Forderungen mittragen. Und das, obwohl wir die seit dem sogenannten „Bologna-Prozess“ umgesetzte Neuorientierung der Bildungspolitik eindeutig ablehnen. Man sollte also meinen, dass Politiker*innen der Rot-Grünen, der Großen und der Schwarz-Gelben Koalition nicht auf unserer Seite stehen, sondern im Gegenteil als unsere Gegner in dieser Auseinandersetzung auftreten. Woher also die plötzliche Geistesverwandtschaft?

Es fällt auf, dass die Bildungsproteste in den Medien mit einer Selektivität, die einer Falschdarstellung gleichkommt, präsentiert werden. In den Solidaritätsbekundungen der Politiker*innen werden zentrale Forderungen des Protests verschwiegen: Ziele wie die Abschaffung von autoritären Strukturen an der Schule, eine Gemeinschaftsschule für alle, ein elternunabhängiges und nicht rückzahlungspflichtiges BAFöG, eine soziale Öffnung der Hochschulen, die Revision der Politik einseitiger Elitenbildung und Abkehr vom Bachelor als Regelabschluss werden nicht genannt. Wir treten ein gegen die fortschreitende Ökonomisierung der Hochschulen und für die Beendigung der Dominanz von großen

Konzernen im Hochschulrat, die durch die gesetzliche Fixierung der Mehrheit von sogenannten „Externen“ garantiert ist. Wir fordern eine Beendigung aller prekären Beschäftigungsverhältnisse an Bildungseinrichtungen. Wir wollen ein Ende des Zwangs zur Drittmittelwerbung und ein Ende der Abhängigkeit der Wissenschaften von Verwertungsbedürfnissen. Die Gleichstellung und Förderung von kritischer Wissenschaft, insbesondere im Bereich der Geisteswissenschaften und eine verfasste Studierenden-schaft mit politischem Mandat in Süddeutschland sind bedeutende Forderungen unserer Bewegung. All diese kommen in der offiziellen Darstellung nicht vor. Selbst die Forderung nach Abschaffung der Studiengebühren, die seit Jahren eine Hauptforderung der Bildungsproteste darstellt, wird weitgehend ignoriert.

Es wird also ein falsches, verzerrtes Bild unserer Bewegung erzeugt. So erdreistete sich Bundesbildungsministerin Annette Schavan, in der Tagesschau Ziel und Wesen der Proteste folgendermaßen zu entstellen: „Ich finde es richtig, wenn die Studenten sagen: Wir pochen darauf, dass das, was ihr beschlossen habt, jetzt auch tatsächlich umgesetzt wird“. Wir möchten die Bildungsministerin darauf hinweisen, dass die schnelle Umsetzung des CDU-Bildungsprogramms keineswegs zu unseren Forderungen gehört. Im Gegenteil ist die Politik der CDU maßgeblich für die Misere im Bildungssystem zur Verantwortung zu ziehen. Es wäre falsch, Schavan an dieser Stelle Dummheit oder Unwissen zu unterstellen – es handelt sich hier vielmehr um eine politische Taktik mit eindeutig erkennbaren Zielen: Hier

sollen den Bildungsprotesten Inhalte unterstellt werden, die im Grunde deckungsgleich mit der Politik von EU-Staaten und Bundesregierung sind. Das Angebot ist klar: Die Studierenden sollen sich pflegeleicht und konstruktiv an den Reformen der Politiker*innen beteiligen; Wer wirkliche Veränderungen wünscht, wird ignoriert. Es muss klar sein, dass wir nicht am selben Strang ziehen. Die Missstände, gegen die wir uns richten, sind nicht etwa auf Kunstfehler bei der Umsetzung von Reformen zurückzuführen sondern Ausdruck handfester Interessen, die nicht die der Studierenden, Schüler*innen, Auszubildenden und im Bildungssektor prekär Beschäftigten sind.

Der Vorwurf trifft nicht nur die Verantwortlichen in der Bildungspolitik sondern auch die Medien. Den Politiker*innen wird ihre Selbstbeweihräucherung, ihr Reden um den heißen Brei und die Verbreitung einer Illusion von Harmonie und Wohlgefallen leicht gemacht: Unsere Forderungen werden kaum und nur selektiv ausformuliert und wir bekommen erst recht kein Forum, um sie zu begründen. Wir fordern von den Medien einen angemessenen Raum, um unsere Positionen begründet darlegen zu können und dass Vertreter*innen der Politik endlich mit kritischen Fragestellungen zu unserem Protest konfrontiert werden. Stattdessen wird ihnen bisher auch noch ein Forum gegeben um für die von uns kritisierte Politik Stimmung zu machen.

das Kupferbau-Plenum

Forderungen an die Landesregierung

Stand 20. November 2009

1a) Abänderung des §59 dahingehend, dass auch Menschen mit einer abgeschlossenen Lehre zur Aufnahmeprüfung für ein Hochschulstudium zugelassen werden.

1b) Ersatzlose Streichung aller Bestimmungen, die Berufstätige auf ein ihrer Ausbildung „fachlich entsprechendes“ Studium festlegen.

2. Ausreichend Masterplätze für alle Bachelor-absolvent*innen.

3. Eine Verlängerung der Regelstudienzeit der neuen Studiengänge, bei gleichem Inhalt, auf insgesamt 6 Jahre (4 Jahre Bachelor und 2 Jahre Master)

4. Vereinheitlichung der Leistungsanerkennung des Bachelor zur Verbesserung der Mobilität in Deutschland.

5. Überarbeitung des ECTS-Systems.

6. Wir fordern eine verfasste Studierendenschaft mit allgemeinpolemischen Mandat, Satzungsautonomie und Finanzautonomie, die an Studierendenvollversammlung (also die Basis) gebunden ist. (Dies und die Wege zur Gewährleistung wird in der Satzung festzuschreiben sein.) Damit einhergehend fordern

wir die Festlegung der Viertelparität in allen beschließenden Hochschulgremien und den Kommissionen.

Anmerkung: Nur in Baden-Württemberg und Bayern sind die AStAs ohne politische Mitbestimmung! Für weitere Informationen siehe die Broschüre 'Du bist mundtot'

7. In den § 20 zum Aufsichtsrat der Universitäten ist aufzunehmen, dass die externen Mitglieder des Aufsichtsrats das gesamte gesellschaftliche Spektrum abbilden müssen.

Lehramt

8. Im Gesetzestext § 15 Abs. 3 GymPO I soll an Stelle der Wörter „es überwiegend allein versorgen“ eine sprachliche Regelung getroffen werden, die es beiden Eltern, egal ob leibliche oder Adoptiveltern sowie vom Jugendamt anerkannte Erziehungsberechtigte, ermöglicht, Prüfungsleistungen nach Ablauf der in dieser Prüfungsordnung hierfür vorgesehenen Fristen abzulegen.

9. Bei der Bewertung des Praxissemester muss die Meinung Mehrerer einfließen, Mentor, Fachlehrer, Betreuungslehrer, eigene Einschätzung. Bei Nichtbestehen sollte man die Möglichkeit haben, in einer vierwöchigen Verlängerung, bei einem bisher unbeteiligten Betreuungslehrer, die geforderten Kompetenzen nachzuweisen.

Anmerkung: Das Praxissemester muss sonst komplett wiederholt werden, da ein Bestehen Voraussetzung für das zweite Staatsexamen ist.

10. Der Assistent-Teacher wird weiterhin als bestandenes Praxissemester anerkannt, evtl. soll das Nachholen der begleitenden pädagogischen und didaktischen Studien obligatorisch gemacht werden.

11. Die zu erwerbenden fachspezifischen Leistungspunkte sollen dahingehend gekürzt werden, dass sie nicht den bisher bestehenden (bisherige PO von 2001) fach-spezifischen Anteil des Studiums übersteigen.

12. Die Bundeswehr und ihre Verbände dürfen sich auf UniGelände insbesondere auf Karrieremessen nicht als Arbeitgeber präsentieren und auch sonst keine Werbung für sich machen.

Kosten verursachende Forderungen

– Gegenfinanziert durch Einführung einer Vermögenssteuer (Gewinn ca. 2 Milliarden Euro)

Anmerkung: Wenn wir mehr Geld für Bildung fordern, muss klar sein, dass dies nur durch eine Umstrukturierung des Steuersystems funktioniert. Eine Erhöhung der Vermögenssteuer wäre eine Möglichkeit, die anfallenden Kosten auszugleichen.

13. Abschaffung der Studiengebühren und Ausgleich der ausfallenden Mittel durch das Land auf Basis der Studierendenzahlen.

14. Aufhebung der Rückzahlungspflicht des Bafögs.

15. Die Abkehr von einer Politik, die versucht die Bildung durch immer stärker autoritär organisierte Qualitätssicherungsmaßnahmen (Exzellenzinitiative, Großfakultäten, Erweiterte Rektoratskompetenzen, modularisierte Studiengänge, Akkreditierung) anstelle von demokratischer Eigenverantwortung zu sichern.



Bildung und die Ökonomisierung der Gesellschaft

Im Zuge des Bildungsstreiks und der Uni Besetzungen des Jahres 2009 werden als zentrale Punkte die Abschaffung jeglicher Bildungsgebühren, die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft und eine vollständige Finanzierung der Hochschulen durch das Land gefordert. Um diese Bewegung richtig einordnen zu können, ist eine Untersuchung der Geschichte des Bildungsbegriffes notwendig.

Nach dem Sputnik-Schock und der „Bildungskatastrophe“ (Picht,1964), gab es einen breiten gesellschaftlichen Konsens von den Gewerkschaften bis zur FDP, dass Bildung ein gemeinnütziges öffentliches Gut sei, das dementsprechend aus öffentlichen Mitteln finanziert werden müsse. So wurden schließlich 1970 die letzten Studiengebühren in der Bundesrepublik abgeschafft. Dieser Konsens bestand auch 30 Jahre später, denn noch im Jahr 2000 einigten sich die Wissenschaftsminister der Länder darauf, keine Studiengebühren zu erheben.

Inzwischen wurden in fast allen Bundesländern Studiengebühren eingeführt und teilweise wieder abgeschafft. Die Einführung von Studiengebühren und die fehlenden Investitionen in die Bildung durch die öffentliche Hand sind Ausdruck eines gesamtgesellschaftlichen Paradigmenwechsels. Das immer wieder angeführte Argument von leeren Kassen, ist nämlich kein Sachzwang, sondern nur eine Frage des politischen Willens. Schließlich standen in den letzten Jahren Milliarden für

Steuersenkungen und Bankenrettung zur Verfügung, nur die Bildungsausgaben sind seit Jahren rückläufig. Allein durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz kommen Einnahmeausfälle von 8,48 Mill. auf die öffentliche Haushalte zu, wovon 2,28 Mill. auf die Bundesländer entfallen.

Dementsprechend ist Bildung im Jahre 2009 nicht mehr ein gemeinnütziges Gut, sondern eine private Investition in die Zukunft, die eine Rendite in Form eines höheren Einkommens abwirft. Diese „ökonomische“ Betrachtungsweise von Bildung und Ausbildung schlägt sich auch in der Struktur der Hochschule nieder, die jetzt von einem Vorstand, auch Rektorat genannt und einem Aufsichtsrat, auch Hochschulrat genannt, geführt wird. Die „unternehmerischen“ Hochschulen stehen natürlich untereinander in Konkurrenz, um das Geld aus der Exzellenzinitiative, die Drittmittel aus der Wirtschaft oder auch um die besten Studenten.

Ob bewusst oder unbewusst wenden sich die Proteste in ihren Forderungen gegen dieses ökonomische Leitbild, das in den letzten Jahren nicht nur den Bildungssektor, sondern fast alle gesellschaftlichen Bereiche erfasst hat. Dies geschieht im Jahr der größten Weltwirtschaftskrise seit 1929, die auch die Ideologie der Ökonomisierung in ihre tiefste Krise gestürzt hat.

Diese „Kulturkrise“ (Gesine Schwan) gibt der Protestbewegung nun die Möglichkeit ein eigenes Leitbild aus Demokratie, Selbstbestimmung, kultureller- und gesellschaftlicher Entwicklung zu entwerfen und der Ökonomisierung der Gesellschaft entgegen zu stellen.

Jan David

Wuppertaler Erklärung

PHILOSOPHISCHE/PHILOSOPHISCHER FAKULTÄTENTAG
HOCHSCHULPOLITISCHE VERTRETUNG DER GEISTES-,
KULTURUND SOZIALWISSENSCHAFTEN AN DEN DEUTSCHEN
UNIVERSITÄTEN

Plenarversammlung in Wuppertal, 28.11.2009

Anlässlich der aktuellen Studierendenproteste verabschiedet der Philosophische Fakultätentag die folgende

Wuppertaler Erklärung

1. Der Philosophische Fakultätentag sieht sich durch die derzeitigen Proteste in seinen bereits mehrfach geäußerten Bedenken zum Bologna-Prozess bestätigt und fordert deshalb eine grundlegende Überarbeitung von Studiengängen und Studienorganisation.
2. Der Philosophische Fakultätentag fordert die Aufhebung der länderspezifischen Strukturvorgaben und die eingehende Flexibilisierung der ‚Ländergemeinsamen Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen‘.

3. Bei der Überarbeitung der Studiengänge und der Studienorganisation sind folgende Grundsätze umzusetzen:

a) Reduzierung der Präsenzzeit (Zahl der Lehrveranstaltungen) auf ein angemessenes Niveau bei gleichzeitiger Aufwertung der freien Arbeitszeit (Selbststudium).

b) Reduzierung der Prüfungslast auf ein angemessenes Niveau.

c) Entbürokratisierung der Studienorganisation und der Prüfungsverwaltung.

d) Aufstockung der personellen Grundausstattung zur Umsetzung der Bologna-Studiengänge, d. h. Verbesserung der Betreuungsrelationen bei gleichzeitiger Sicherung der Forschungskapazitäten.

e) Flexibilisierung des Studienverlaufs, vor allem Ausdehnung des Wahlpflichtbereichs, Ermöglichung von Teilzeitstudium und Mobilität.

4. Die Bologna-Reform ist nach wie vor dramatisch unterfinanziert. Deshalb ist es nötig, dass der Großteil des am 22.10.2008 auf dem sog. Qualifizierungsgipfel in Dresden zwischen Bund und Ländern für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wissenschaft und Forschung vereinbarten Finanzvolumens von 18 Mrd. € in die Grundausstattung der Hochschulen fließt, um die Qualität von Lehre und Forschung zu erhalten.

KMK in Bonn – Eine Revolution im Bildungssystem!

Wir haben es geschafft. Wie die Tagesschau bereits berichtete, hatten die Bildungsproteste Erfolg.

Es ist also an der Zeit, vernünftig zu werden und „wieder zu einem geregelten Studienbetrieb überzugehen.“

Die Kultusminister kamen unseren Forderungen nach: Die Arbeitsbelastung in den Bachelorstudiengängen soll auf ein „zumutbares“ Maß gebracht werden, die Zahl der Prüfungen reduziert (32-39 Arbeitsstunden die Woche). Desweiteren setzt sich die KMK aktiv für die Bekanntmachung der Tatsache ein, dass ein Bachelorstudium länger als 6 Semester dauern kann.

...War da noch was?

Wo ist die Garantie eines Masterplatzes für jeden Bachelorstudenten?

Wo sind die konkreten Zusagen zur besseren Finanzierung der Hochschulen?

Wo bleibt unsere verfasste Studierendenschaft?

Was ist mit der Eingrenzung wirtschaftlicher Einflüsse an den Universitäten?

Und wurden Studiengebühren überhaupt erwähnt?!

Liebe Minister, wer hat den Kaffee bei Ihrem Kultus-Minister-Kaffeekranz entcoffeiniert? Sie haben die wichtigsten unserer Forderungen einfach verschlafen! Trotz viel Süßstoff in Ihren Beschlüssen schmecken die sogenannten Ergebnisse bitter und hinterlassen einen faden Beigeschmack. Wir ermahnen Sie dennoch zu strengeren Diäten: Mit dem mühsam gebackenen Kuchen unserer Forderungen haben Sie herumgeleckert, mit

Worten geklotzt, und die Studierenden sollen nun die übrig gebliebenen Krümel, die Sie ihnen hinwerfen, als ernstzunehmende Verbesserungen akzeptieren.

Obwohl vor Ihren Türen seit Wochen ein frischer Wind weht und Schüler*innen und Studierende ihre Kritik lautstark und klar artikulieren, versuchen Sie uns ihren bildungspolitischen Sturm im Wasserglas als großen Schritt zur sogenannten „Bildungsrepublik Deutschland“ zu verkaufen. Im Sinne eines ehrlichen Dialogs bitten wir Sie, uns auch ernstzunehmend gegenüberzutreten. Wir regen an, öffentliche Täuschungsmanöver in Zukunft zu unterlassen. Diese würden nicht unbeantwortet bleiben. Wenn Sie sich nicht ernsthaft hinsetzen und nachsitzen, ist es die Pflicht der Studierenden, weiterhin inhaltliche Arbeit alleine zu leisten und für eine bessere Bildungspolitik einzustehen, Hörsäle und die Straße zu besetzen.

Im Sinne eines berühmten, wütenden Sohnes der Stadt Bonn, Ludwig van Beethoven, rufen wir Ihnen zu:

Muss es sein? Es muss sein!

The image shows a musical score for the song "Es muß sein" by Ludwig van Beethoven. The score is written for four voices (Soprano, Alto, Tenor, Bass) and is in 2/4 time. The title "Es muß sein" is prominently displayed at the top. Below the title, the text "Zu 4 Stimmen (Auf eine Anfrage: „Wenn es sein muß...?“)" and "Beethoven" are visible. The lyrics are: "Es muß sein, es muß sein, ja ja ja ja, es muß sein, ja ja ja ja, es muß sein, ja ja ja ja. Her - aus mit dem Heu - tell Her - aus, her - aus! Es muß sein, ja ja ja ja ja ja ja ja ja ja, es muß sein!" The score includes musical notation such as notes, rests, and dynamic markings like "sf".

Was kann ich selber tun?

Nachdem ihr euch tapfer bis zu diesem letzten Kapitel durch gearbeitet habt, stellt sich nun die große Frage: Wie kann die und der Einzelne die Bemühungen für eine bessere Bildungssituation unterstützen?

Es gibt vielen Möglichkeiten, von denen wir euch ein paar vorstellen und den Rest eurer Kreativität überlassen möchten.

1. Im Kupferbau liefen in den letzten Wochen die Fäden des Protests zusammen. Dort beschloss das Plenum unser Vorgehen, dort wurden Grundsätze und Inhalt der AK Arbeit besprochen. Und dort wurden immer Besucher immer gern gesehen und Helfer gebraucht. Auch wenn mal nur organisatorische Aufgaben zu erledigen waren sie doch Voraussetzung eines funktionierenden Protests. Deshalb halte die Augen und Ohren offen (oder schau einfach auf www.tuebingenbrennt.de) wo und wann wir uns im neuen Jahr wieder versammeln. Denn, dass es weitergehen muss ist klar, und dass es weitergeht keine Frage!
2. Wie bereits erwähnt, wird in den AKs die inhaltliche Grundlage des Protests erarbeitet. Dort wird an konstruktiven Problemlösungen gearbeitet. Willkommen sind alle die Sachwissen, eigene Erfahrungen, Kritik, Fragen und eine

gewisse Neugier mitbringen. Die AKs sind sehr oft nur schwach besetzt, deshalb ist Beteiligung wirklich gern gesehen. Um die Orte und Zeiten der AK-Treffen und Kontaktadressen zu erfahren, schaut auf www.tuebingenbrennt.de.

3. Wenn ihr den Protest gerne unterstützen wollt, für (zugegeben etwas zeitfressende) Unterstützung vor Ort aber keine Lust oder Zeit habt, gibt es auch andere Möglichkeiten. Manchmal stellen sich Politiker gegenüber dem Geschrei der „üblichen Verdächtigen“ ziemlich taub, während sie für die Nöte und Sorgen ihrer heimischen Wähler ein offenes Ohr haben. Mit einem Brief, einer Mail oder einem Fax, kann man diesen Entscheidungsträgern schnell klar machen, dass unser Anliegen auf einer breiten Zustimmung basiert. Wir haben euch einen Protestbrief ausgearbeitet, den ihr unter www.tuebingenbrennt.de → Dokumente finden könnt. Der Brief ist als Vorschlag gedacht und kann von euch nach Belieben ausgebaut oder gekürzt werden. Außerdem haben wir dort auch die Kontaktadressen relevanter Empfänger aufgelistet, die sich über ein bisschen Input über „Volkes Wille“ sicher freuen würden...

Was noch gesagt werden muss

Eine dicke Lektüre für ein Rätetä – zugegeben - und unseren ganzen Respekt, wenn ihr es bis hierher geschafft habt. Wir hoffen, es hat euch gefallen und ihr habt euch ein bisschen weiterbilden können! ☺

Ein ganz großes Dankeschön ergeht von der Reaktion an alle fleißigen Autor*innen der Artikel, den Flyer-Bastler*innen, den Fotograf*innen, den Korrekturlesern Björn, Benni und Malte und vor allem allen Tübinger Besetzer*innen! Wer hätte gedacht, dass sich im beschaulichen Tübingen noch solche eine Dynamik entwickeln kann.

Persönlich bin ich dankbar für die vielen anregenden Diskussionen, die neuen Horizonte und die neuen Freundschaften. Ihr habt mir meinen Abschied aus Tübingen nicht gerade leichter gemacht.

Solidarische Grüße an Euch alle!

Leo

Impressum:

Layout und Redaktion: Leo (leo-die-locke@gmx.de)
Fachschaftenvollversammlung an der
Ernst Bloch Universität Tübingen
Wilhelmstraße 30, 72074 Tübingen, Tel.: 07071/ 21 346, Fax:
07071/ 21 162, E-Mail: ga@fsrvv.de, www.fsrvv.de
Vertretungsberechtigter im Sinne des § 5 Abs. 1
Telemediengesetz: Roland Schwiese

KUPFERBAU

AUSZUGSPARTY!

LETZTES KONZERT VOR DER WINTERPAUSE

MITTWOCH 16.12

AB 22:00



TÜ

LOS
FRANCO
NERQS
Live!

GOIES GARAGE, SURF, BEAT, R&R
AFTERSHOWPARTY MIT DJ MIMU